Schwarz-Grün will vom Bund einen Einsatz-Bonus für Rettungskräfte erreichen. Symbolfoto: kristen-images

Corona-Bonus auch für Rettungsdienste

Schwarz-Grün bringt Dringlichkeitsantrag ein und will mit Bund verhandeln. Liste Fritz will Polizei integrieren.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – In der heute startenden Landtagssitzung dreht sich vieles ums Geld. Schließlich steht ein Doppelbudget zur Beschlussfassung an. Jedoch auch abseits davon steht das Finanzielle da oder dort im Mittelpunkt. So bei einer Handvoll dringlicher Anträge gleich mehrerer Fraktionen, die zur Abstimmung kommen sollen.

Erst vor wenigen Tagen hat die schwarz-grüne Landesregierung wie berichtet einzelne Sofortmaßnahmen auf Schiene gebracht, um die Pflege aufzuwerten. Neben einem Pflege-Stipendium, mit welchem die Pflegeausbildung attraktiviert werden soll, wurden auch 500.000 Euro/Monat für einen Corona-Bonus (Ärzte und Pflegekräfte auf Klinik- und Heimstationen; Okt. 2021 bis April 2022), abhängig vom Ausmaß der Beschäftigung, losgeeist. Dass hier die mobile Pflege ausgeklammert wurde, hat für Ärger gesorgt.

Nun will Schwarz-Grün einen Corona-Bonus auch für die Mitarbeiter der Rettungsdienste in Tirol erwirken. Per gemeinsamem Dringlichkeitsantrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, mit Bund, Ländern, aber auch Gemeinde- und Städtebund eine derartige „Belohnung" auszuverhandeln. Grünen-Klubobmann Gebi Mair begründet dies u. a. damit, dass gerade RettungsdienstmitarbeiterInnen wie etwa SanitäterInnen im Einsatz oft unmittelbaren, mitunter engen Kontakt zu Covid-19-erkrankten Personen hätten. Auch an den behördlichen Screeningstraßen seien sie diesem Risiko ausgesetzt.

Noch 2020 erhielt der Rettungsdienst vom Land einen einmaligen Bonus in der Gesamthöhe von 300.000 Euro. Heuer wurden die Mitarbeiter im Rettungs- und Krankentransportedienst dezidiert in einer diesbezüglichen Richtlinie des Bundes zum Covid-19-Zweckzuschussgesetz von einem Bonus ausgeschlossen. Für Mair ein falscher Ansatz, den es nun zu korrigieren gelte. Und zwar in Richtung einer bundeseinheitlichen Regelung.

> *„Zumindest muss der Bund den Bonus steuerfrei stellen. Besser wäre, er würde für alle zahlen."*
>
> **Gebi Mair (Klubobmann Grüne)**

Eine Art Pauschale werde aufgrund der unterschiedlichen Kollektivverträge schwer zu handhaben sein – Mair schwebt daher auch hier ein stundenbasiertes Modell vor. In Tirol, so Mair, das den Rettungsdienst bekanntlich vor Jahren unter dem Dach der Rotes Kreuz Gemeinnützige Rettungsdienst GmbH neu aufgestellt hat, seien gut 1000 Hauptamtliche (ohne Verwaltungspersonal) betroffen. Sollte sich Wien generell gegen derartige Zahlungen aussprechen, so könnte das Land notfalls selbst einspringen, so Mair: „Als Minimalziel muss der Bund aber diesen Bonus steuerfrei stellen."

Anders sei die Lage bei den Ehrenamtlichen: Mit Blick auf heikle Zuverdienstgrenzen denkt Mair eher an nichtmonetäre Belohnungen wie etwa Gutscheine. Gespräche mit der Rettungsdienste GmbH seien im Laufen.

Von Seiten der SPÖ wird der Antrag unterstützt, hieß es gestern auf *TT*-Anfrage. Wenngleich die Verwunderung über den Antrag groß ist. Die SP habe einen Bonus für Rettungskräfte breit gefordert – und sei im Bund bei Türkis-Grün abgeblitzt. Ein O.K. signalisiert auch Liste-Fritz-Klubobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. Auch sie sieht primär den Bund zuständig. In einem Zusatzantrag wird die Liste Fritz aber auch einen Corona-Bonus für Exekutivkräfte fordern.

Liste Fritz und SPÖ bringen zudem wie angekündigt Anträge ein, die mobile Pflege doch noch mit einem Corona-Bonus auszustatten.

Platter drängt auf Einigung in Innsbruck

Im VP-Landesparteivorstand am Montag gab es deutliche Worte an die Stadtpartei: keine Packelei mit der FPÖ.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Um viel Geld geht es derzeit auf allen (politischen) Ebenen. Das aber nicht ganz friktionsfrei. Auch im Landtag wird ab heute über nicht weniger als neun Milliarden Euro diskutiert. So viel macht nämlich der Doppelhaushalt für die nächsten beiden Jahre aus. Gleichzeitig steigen die Schulden des Landes auf knapp eine Milliarde Euro. Die schwarz-grüne Koalition ist sich im Gegensatz zur Landeshauptstadt Innsbruck einig, aber dazu später. Selbst die SPÖ als Oppositionspartei wird für das Haushaltsdoppel stimmen, FPÖ, Liste Fritz und NEOS werden den Voranschlag für 2022/2023 hingegen ablehnen.

Eine willkommene finanzielle Entlastung wird es bis März vom Bund geben. Wie bei der Landeshauptleutekonferenz am Achensee vereinbart, stellt das Finanzministerium den Bundesländern für entgangene Einnahmen der Krankenanstalten und höhere Ausgaben 2020 und 2021 einen Pauschalbetrag von insgesamt 750 Mio. Euro zur Verfügung. Tirol streckte aus dem Landesbudget 91 Millionen Euro vor, jüngsten Berechnungen zufolge dürfte der Bund zwischen 60 und 80 Mio. Euro refundieren.

„Die Krankenhäuser kämpfen seit Beginn der Pandemie mit den Pflegerinnen und Pflegern sowie Ärztinnen und Ärzten an vorderster Front und leisten hervorragende Arbeit in dieser schwierigen Zeit", zeigt sich Tirols LH Günther Platter (VP) zufrieden. Er sei froh, dass hier eine zufriedenstellende Lösung gefunden worden sei.

> *„Ich bin froh, dass hier eine zufriedenstellende Lösung für die Krankenhäuser gekommen ist."*
>
> **Günther Platter/VP (Landeshauptmann)**

Weniger glücklich ist Platter über die Budgetblockade in Innsbruck. Da soll er in den vergangenen Tagen gegenüber der Führungsriege der Innsbrucker ÖVP um Klubchef Christoph Appler und Vizebürgermeister Hannes Anzengruber recht deutlich geworden sein. Am Montag tagte der ÖVP-Landesparteivorstand, ein zentrales Thema war dabei Innsbruck. Platter missfällt schon seit längerer Zeit die Achse seiner Stadtpartei mit der ehemaligen Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer (Für Innsbruck) und der FPÖ.

Der ÖVP-Landesparteichef warnte seine Parteifreunde in der Landeshauptstadt vor instabilen Verhältnissen und Allianzen, die der Innsbrucker ÖVP schaden würden. Offen kritisierte er die „Packelei" mit einer gerade jetzt in der Corona-Pandemie verantwortungslos agierenden FPÖ. Dafür sei die Tiroler ÖVP nicht zu haben, mahnte Platter. Vielmehr drängt Platter die Innsbrucker ÖVP zu weiteren Gesprächen mit Bürgermeister Georg Willi (Grüne), den er ebenfalls nicht aus der Verantwortung entlassen möchte. Hier spielt die grüne Landeshauptmannstellvertreterin Ingrid Felipe eine wichtige Verbindungsrolle. Hinter den Kulissen soll deshalb an einem gesichtswahrenden Kompromiss gearbeitet werden.

Platter (r.) warnt Innsbrucks VP-Chef Appler vor Budget-Pakt mit FPÖ. Foto: VP

Politik in Kürze

Opposition fordert Lueg-Tunnel

Nach der massiven Kritik am Bergmeister-Gutachten fordert SPÖ-Verkehrssprecher **Philip Wohlgemuth** eine Tunnellösung für die transitgeplagte Bevölkerung. „Es geht um eine nachhaltige Verkehrsentlastung und langfristige Perspektiven für die Bevölkerung."

Ohne öffentliche und transparente Diskussion, ob Luegbrücke oder Tunnel wird es für FPÖ-Verkehrssprecherin **Evelyn Achhorner** nicht gehen. „Die unklaren Argumente des Bergmeister-Gutachtens müssen offen mit Fachleuten und der Bevölkerung diskutiert werden." Auch sie spricht sich für einen Tunnel aus. Für ihren Kollegen von den NEOS, **Andreas Leitgeb**, kann ebenfalls nur ein Tunnel eine langfristige Entlastung für das Wipptal bringen.

Auf Initiative von Bildungslandesrätin **Beate Palfrader** (ÖVP) finanziert das Land Tirol befristet ab Jänner 2022 bis Ende des Schuljahres 2021/22 im Juli jenen SchulleiterInnen von allgemein bildenden Pflichtschulen jeweils eine Entlastungsstunde pro Woche, die eine solche nach dem bestehenden Modell noch nicht konsumieren können. „Die Schulleiterinnen und Schulleiter erfahren durch die Corona-Pandemie und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Schulbetrieb eine enorme Zusatzbelastung. Es ist deshalb wichtig und unbedingt geboten, sie hier zu entlasten", sagt Palfrader. *(TT)*

Kurzmeldungen

Sternsinger auf Tour der Nächstenliebe

Innsbruck – Bald ist es wieder so weit: Caspar, Melchior und Balthasar starten Ende Dezember ihre jährliche Tour der Nächstenliebe. Schwerpunkt der Sternsingeraktion 2022 ist die Unterstützung indigener Völker im brasilianischen Regenwald. Weitere Informationen rund um die Sternsingeraktion gibt es unter *www.sternsingen.at (TT)*

Mit Topf am Herd Haus verlassen

Reith i. A. – Eine 37-Jährige hatte gestern Mittag in Reith im Alpbachtal einen Topf mit Speiseöl auf den eingeschalteten Herd gestellt. In der Annahme, dass dieser ausgeschaltet sei, verließ sie das Haus. Nachdem der Brand einer Nachbarin aufgefallen war, konnte noch rechtzeitig die Feuerwehr gerufen werden. *(TT)*

Fußgängerin auf Gehsteig übersehen

Ötz – Ein 71-Jähriger fuhr gestern gegen 16.40 Uhr auf der Ötztal Straße von Tumpen talauswärts. Nach Gegenverkehr übersah er bei einem Abbiegemanöver eine Gleichaltrige auf dem Gehsteig und streifte sie mit dem Rückspiegel. Die Fußgängerin wurde zu Boden geschleudert und unbestimmt verletzt. *(TT)*

Pole brach elf Opferstöcke auf

Kufstein – Seit August hatte ein nun überführter Pole im Bezirk Kufstein elf Opferstöcke aufgebrochen. Erbeutet hatte er einen niedrigen dreistelligen Eurobetrag, die Schadenssumme ist aber vierstellig. Der Mann sitzt bereits in Deutschland wegen Opferstockeinbrüchen in Bayern in Haft. *(TT)*

Pfefferspraypistole abgefeuert

Kössen – In einem Lokal in Kössen kam es am Montagabend gegen 22.20 Uhr zu einem Streit zwischen zwei Österreichern. Die zunächst verbale Auseinandersetzung zwischen dem 28- und dem 44-Jährigen verlagerte sich schließlich auf den Parkplatz vor dem Lokal und artete in gegenseitige Attacken aus. Der 28-Jährige zog dabei plötzlich eine Pfefferspraypistole, richtete diese auf seinen Kontrahenten und drückte zweimal ab. Der 44-Jährige wurde getroffen und im Gesicht verletzt. Nach der Erstversorgung musste der Mann ins BKH St. Johann gebracht werden. Die Tatwaffe sowie weitere Patronen wurden sichergestellt. Eine Anzeige gegen den 28-Jährigen folgt auf freiem Fuß. *(TT)*